(Beginn: 9.02 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Einen schönen guten Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass Sie schon da sind. Wir gehen mit gutem Beispiel voran.

Ich darf die 27. Vollsitzung des Bayerischen Landtages eröffnen. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde wie immer erteilt. Ich weise darauf hin, dass der Bayerische Hörfunk nach der Aktuellen Stunde die Beratung der Gesetzentwürfe zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes live überträgt.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Das wurde mir so gesagt, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Beifall bei der CSU - Allgemeine Heiterkeit)

Das ist schon ein Ereignis, das man dann auch bekannt geben sollte.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Vernunft in der Energiepolitik - am Atomausstieg festhalten, in erneuerbare Energien investieren"

Die Geschäftsordnung, die Rednerliste und die Redezeiten sind bekannt. Ich darf als Ersten Herrn Kollegen Wörner bitten. Sie haben eine Redezeit von fünf Minuten. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Energieversorgung der Zukunft muss auf Sicherheit und Versorgungssicherheit fußen. Diese Sicherheit ist in Bayern nicht gegeben. Unser Umweltminister trägt alles dazu bei, dieses zu verheimlichen und zu verschleiern.

Herr Minister, ich halte es für einen unglaublichen Skandal, was Sie sich in dieser Frage leisten. Sie versuchen, in vielen Teilen der Politik immer den Solisten zu spielen, verdecken aber damit die eigentlichen Versäumnisse. Herr Minister, Sie wurden vom Bundesumweltministerium mehrmals aufgefordert, zu Problemen bei der Kernenergie und zu Problemen in Atomreaktoren Stellung zu nehmen. Dieses haben Sie nicht oder zumindest nicht in voller Gänze gemacht. Sie haben dann im letzten Augenblick Gutachten nachgereicht - ich will nicht sagen, windelweiche, aber sie beziehen sich nicht auf das Thema, zumindest nicht explizit. Sie überdecken Schwächen, die uns alle in große Gefahr bringen können. Es geht dabei um dieses Isolationsmaterialproblem, das bei Ausschwemmungen

Kühlwasserverlust bzw. zum Nichtkühlen des Reaktors führt. Das heißt, dass damit ein GAU passieren kann. Wer mit einem solchen Thema so umgeht wie Sie, Herr Minister, der schadet der bayerischen Bevölkerung massiv. Man muss sich die Frage stellen, ob das richtig sein kann; Sie haben schließlich einen Eid zum Wohle der Menschen in diesem Lande geschworen, und diesen Eid brechen Sie in dieser Frage ganz gezielt.

Herr Minister, ich sage Ihnen: Sie haben dem Umweltministerium nach wie vor zwei wesentliche Fragen nicht beantwortet. Es gibt ein Schreiben vom 18.06., in dem Sie erneut aufgefordert werden, nachzuliefern, obwohl Sie schon seit vier Monaten in dieser Frage in Verzug sind. Wie stellen Sie sich so etwas eigentlich vor? Deswegen glaube ich, ist es dringend notwendig, den Vorschlag von Minister Gabriel aufzugreifen und dafür zu sorgen,

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

dass die Atomsicherheit Sache des Bundes und nicht der einzelnen Länder ist und damit nicht denen in die Hand gegeben wird, die offensichtlich damit nicht richtig und sorgfältig genug umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben zum Beispiel in der letzten Debatte gesagt, Isar 1 sei sicher. Sie haben es bis heute unterlassen, dies unter Beweis zu stellen. Sie haben nämlich nur für Gundremmingen und Ohu 2 Daten nachgeliefert, aber nicht für Isar 1. Sie haben wichtige Daten nicht geliefert in Bezug darauf, was vom Bundesumweltministerium gefordert wird und was andere Wissenschaftler bisher alles als nicht leistbar dargestellt haben, nämlich die Sicherheit herzustellen. Die Siebe sind nach wie vor ein großes Problem, das sagt Ihnen jeder Wissenschaftler, und das können Sie auch in den Gutachten nachlesen, die es dazu gibt.

Nur: In Bayern taucht jetzt zumindest für Gundremmingen vom TÜV ein Schreiben auf - als "Gutachten" würde ich es nicht bezeichnen -, das sagt, beim bisherigen Stand der Technik könnte nichts passieren. Aber was heißt das? Andere Wissenschaftler belegen - und zwar reihenweise -, dass dieses Problem nach wie vor nicht beherrschbar ist. Wir sollten mit diesem Thema vernünftig und anständig umgehen. Wer dies nicht tut, vergreift sich letztlich an der bayerischen Bevölkerung. Was machen wir denn, wenn es wirklich schiefgeht? Das will kein Mensch haben. Aber wir müssen damit umgehen können. Und Sie, Herr Minister, gehen falsch damit um. Sie verheimlichen und verschleiern in dieser Frage ganz gezielt, um Ihre Ideologie der Brückentechnologie weiterhin zu fördern. Dies ist keine Brücke, die Sie hier bauen wollen, sondern eine Gefährdung in die

Zukunft hinein. Aber auf das werden meine Kolleginnen und Kollegen noch eingehen.

Ich fordere Sie von hier aus auf, die notwendigen Gutachten - sofern es sie überhaupt geben kann -, dass die Sicherheit der Reaktoren gewährleistet ist, nachzureichen, und zwar auf schnellstem Wege, ohne ständig zu verzögern und auf dem Rücken der Sicherheit der bayerischen Bevölkerung herumzutaktieren.

Herr Minister, ich bin mir nicht ganz sicher, wer das eigentliche Risiko ist: die Kraftwerksbetreiber, die dieses Spiel mitspielen, oder Sie als zuständiger Fachminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind in dieser Frage in meinen Augen ein Sicherheitsrisiko.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich gut überlegen, ob man das Thema weiterhin so spielen kann wie bisher oder ob Sie wie bisher verheimlichen, verschweigen und den Leuten Sand in die Augen streuen. Noch einmal: Wir fordern Sie auf, die notwendigen Gutachten zu Isar I nachzureichen, und zwar so schnell wie möglich; denn da haben wir in der Vergangenheit schon einmal etwas erlebt. Damals hat man gesagt, na ja, da fehlt halt so ein Kugellagerteil im Reaktorsumpf. Es wird schon nichts passieren.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Her Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ludwig Wörner (SPD): Da hat man sich einen willfährigen Gutachter gesucht, und so scheint es dieses Mal auch zu sein. Noch einmal: Sorgen Sie für die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung. Schalten Sie nötigenfalls Isar 1 aus.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich kann immer wieder nur den Wunsch äußern, dass wir uns hier im Haus bemühen, uns sachlich miteinander auseinanderzusetzen. Das kann noch so hart und so deutlich sein. Aber ich bitte, auf persönliche Verunglimpfungen zu verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld.

(Zuruf von der SPD: Jetzt wird es sachlich! - Georg Schmid (CSU): Ja, jetzt wird es sachlich!)

Bitte schön, Herr Kollege.

**Philipp Graf von und zu Lerchenfeld** (CSU): - Jetzt wird es sehr sachlich.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin, zunächst einmal möchte ich mich bei Ihnen für den gestrigen Abend ganz herzlich bedanken. Es war wirklich großartig, dass wir von Ihnen eingeladen waren.

(Beifall bei der CSU)

Es war ein echtes Erlebnis, vielen herzlichen Dank dafür.

Kommen wir zum Thema. Ich habe ein bisserl das Gefühl, dass heute früh manche vielleicht etwas verwirrt sind. Da kann man vielleicht die eine oder andere Äußerung nicht ganz so ernst nehmen. Man fragt sich manchmal, in welcher Veranstaltung man hier eigentlich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Wir verspüren halt deutlich, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland wieder mal Wahlkampf haben. Aus Sicht der SPD scheint es wohl notwendig zu sein. wegen eines Zwischenfalls in einem Kernkraftwerk - ich möchte betonen: in Schleswig-Holstein - die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke insgesamt infrage zu stellen. Dieser Zwischenfall in Krümmel zeigt uns, wie wichtig Kontrolle bei unseren Kernkraftwerken ist. Dabei spottet gerade das Versagen der Behörden in Schleswig-Holstein in der Aufsicht über die Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel wirklich jeder Beschreibung. Vielleicht, Herr Kollege Wörner, überlegen Sie sich einmal, wer dort verantwortlich ist. Das ist nämlich ihre Parteikollegin Frau Gitta Trauernicht, die jetzt plötzlich erklärt, es gebe einen Mangel an Qualifikation und Kompetenz im Management von Vattenfall. Da muss man sich schon fragen, warum sie das erst jetzt erkennt und warum sie im Rahmen der laufenden atomrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung von Vattenfall nicht längst festgestellt hat, dass das Management in diesem Konzern wohl nicht hinreichend funktioniert.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Diese Frage müssen Sie sich schon stellen, Herr Kollege Wörner, bevor Sie unseren Umweltminister hier in Bayern angreifen.

Außerdem erinnere ich Sie nur an Ihre Ausstiegsvereinbarung, die damals unter der Regierung von Rot-Grün geschlossen wurde und in der festgehalten ist, dass die Kernkraftwerke und die sonstigen kerntechnischen Anlagen in Deutschland international gesehen

auf einem sehr hohen Sicherheitsniveau betrieben werden.

Herr Kollege Wörner, das, was Sie hier aufgezogen haben, war wirklich ein trauriges Beispiel, kann ich nur sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Und jetzt plötzlich, weil es Ihrem Wahlkampf dienen soll, stellen Sie das Versagen des Betreibers Vattenfall und - ich betone es noch einmal - der SPD-Ministerin Trauernicht so stark heraus, dass daraus auch noch ein Wahlkampfschlager werden soll. Ich kann Ihnen sagen: Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Das hat auch Ihre Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, die Sie gemeinsam mit der LINKEN, die Ihnen wahrscheinlich sehr nahe stehen, wählen wollten, bewiesen.

(Widerspruch bei der SPD)

Als sie vor sozialen Unruhen gewarnt hat, hat sie ganz deutlich gemacht, dass sie die Stimmung der Bevölkerung nicht richtig einschätzt.

Der arme Herr Umweltminister Gabriel fährt gerade zu der Zeit, wo sich hier in Deutschland ein kleiner Zwischenfall ereignet, nach Tschernobyl, um sich wahlkamptechnisch großartig aufzustellen. Es ist doch ein Pech, wenn man medial so versagt, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Warum ist er denn in die Ferne geschweift? Der Kurzschluss im Kernkraftwerk Krümmel hat den Vattenfall-Konzern doch sofort als Wahlkampfvorlage vorgegeben. Ein versehentlich nicht eingebautes Messgerät, eine verspätete Störungsmeldung an die Aufsichtsbehörde, ein nachträglich entdecktes schadhaftes Brennelement - was ist denn das für eine Atomaufsicht in Schleswig-Holstein?

(Zuruf von der CSU: Keine!)

Meine lieben Freunde, so kann es nicht gehen. Da wird ein Rundumschlag gegen die Atomlobby gemacht, die Gabriel dann gleich eine "kriminelle Bande" nennt; da wird die Bundeskanzlerin Merkel beschimpft und der Wirtschaftsminister zu Guttenberg als verlängerter Arm dieser Bande bezeichnet. Ich kann nur sagen, dass ich den Ausspruch von Ministerpräsident Wulff, dass Gabriel selbst möglichst schnell heruntergefahren werden sollte, inzwischen sehr gut verstehe,

In Bayern unterliegt jede Anlage unabhängig von ihrer Laufzeit einer permanenten behördlichen Aufsicht und Überprüfung durch das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit. Pro Jahr werden durch die Beamten des Ministeriums und durch beauftragte Sachverständige mehr als 1.000 Prüfungen pro Anlage durchgeführt.

Überlegen Sie sich doch einmal, was es bedeutet, wenn Sie fordern, dass ältere Kernkraftwerke abgeschaltet werden und die Laufzeit dann auf neuere Anlagen übertragen werden soll. Das heißt doch, dass der von Ihnen gewünschte Ausstieg aus der Atomkraft nicht im Jahr 2020, sondern weit später erfolgen wird. Ist es das, was Sie wünschen?

Wir dürfen eines nicht vergessen: 2011 wird das erste Kraftwerk in Bayern abgeschaltet. Wenn alle Kraftwerke bei uns abgeschaltet sind, fehlen uns erhebliche Kapazitäten zur Stromerzeugung, und dann importieren wir aus Temelin und sonstigen "hervorragend sicheren" Werken den Strom zu uns. Das kann es ja wohl nicht sein.

In der Koalitionsvereinbarung dieser Staatsregierung ist festgehalten worden, dass der Anteil der erneuerbaren Energien von heute 22 % bis zum Jahr 2020 auf 30 % erhöht werden wird. Das ist richtig, und das wird für uns eine ganz große Kraftanstrengung sein.

Wir sind uns dessen bewusst, dass ein wesentlicher Teil eines vernünftigen Energiekonzepts auch darauf beruht, Energien einzusparen. Auch darauf sollten wir immer stärker unser Augenmerk richten. Aber wir müssen uns ganz, ganz deutlich darüber im Klaren sein, dass die Brückentechnologie Kernkraft in den kommenden Jahren nicht vollständig durch alternative Energien ersetzt werden kann.

Das, was wir dringend brauchen, nämlich die notwendigen Leitungen, die den Windstrom aus dem Norden zu uns bringen sollen, wird ja nicht gebaut. Lieber Kollege Wörner, Sie sollten sich da vielleicht doch ein bisschen an der eigenen Nase packen, wenn Sie auf der einen Seite dafür plädieren, dass man Leitungen nicht baut, und auf der anderen Seite sagen, wir sollten alles in die Windkraft investieren. Das kann es wohl nicht sein.

Große Projekte wie die Offshore-Anlagen in der Nordsee und in der Ostsee oder neuerdings die Nutzung der Sonnenenergie in der Wüste der Mittelmeer-Anrainerstaaten, wie sie gerade vorgebracht werden, benötigen ausreichend Zeit, und diese Zeit haben wir nicht mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren. Um zu überbrücken, bis wir alternative Energien wirklich vollständig nutzen können, brauchen wir mehr Zeit. Deswegen brauchen wir die Brückentechnologie Kernkraft weiterhin.

Ich bitte Sie eindringlich: Hören Sie endlich auf, unvernünftige Wahlkampfparolen hinauszutrompeten, um einen vielleicht kurzfristigen Erfolg einzufahren. Die Äußerungen des Bundesumweltministers sind missverständlich, lenken von den tatsächlichen Problemen ab und schaden nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Bevölkerung, also uns allen.

Wenn man sich noch einmal vor Augen führt, was er tatsächlich sagt, dass man nämlich die Kernkraftwerke länger laufen lassen muss, wenn wir die Laufzeiten der älteren Kraftwerke auf die neuen Kraftwerke übertragen, dann weiß man eigentlich nicht, was er wirklich will. Meine Damen und Herren, ich habe manchmal das Gefühl, er handelt nach dem Motto: Wie soll ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage?

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Glauber. Bitte schön.

**Thorsten Glauber** (FW): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Graf von und zu Lerchenfeld, es ist schon bedenkenswert, wenn Sie von einem kleinen Störfall in Krümmel sprechen.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Das war kein Störfall, das war ein Zwischenfall!)

Also, ich denke, wenn wir von Siedewasserreaktoren sprechen, sollten wir in Bayern jeden Zwischenfall oder Störfall ernst nehmen.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Das ist schon ein Unterschied!)

Ich finde es schon bedenklich, wie Sie damit umgehen.

(Zurufe von der SPD)

Sie sprachen an, dass wir in Deutschland die Atomkraft als Brückentechnologie bräuchten. Wir haben momentan eine Jahresüberschussproduktion von 25 Terawattstunden. Wir könnten sofort drei Kernkraftwerke abschalten. Darum verstehe ich nicht, warum Sie mit einer solchen Argumentation hier nach vorn treten und sagen, dies sei nicht möglich.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben die Möglichkeit, 20 Städte in der Größe Erlangens, 25 Städte in der Größe Bayreuths zu versorgen. Warum stoßen Sie dann immer wieder ein Thema an, das heute überhaupt nicht notwendig ist, nämlich das Thema, ohne Not eine Laufzeitverlängerung herbeizuführen?

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich habe es angesprochen: Siedewasserreaktoren wie Krümmel oder Isar 1 sind hochgefährlich. Wir müssen wirklich darüber nachdenken, ob das die Zukunft ist.

Wirtschaftsminister Zeil war mit der Delegation in Moskau. Man hat uns darum beneidet, welch tolle regenerative Energien wir haben. Man hat den Unternehmen Angebote gemacht, genau diese Technologie kaufen zu wollen. Sie aber setzen auf die rückschrittliche Atomkraft.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Jeden Tag können wir das Horrorszenario der Lobbyisten lesen, ohne Atomkraft gehen in Deutschland die Lichter aus. Welch ein schönes Bild!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie forcieren den Ausbau fossiler Brennstoffe - das war in Ihren Anträgen zu lesen -, indem Sie auf die Nabucco-Pipeline setzen. Obwohl der Kollege Thalhammer gestern die Solarthermie glaubte hoch preisen zu müssen, ihr nun aber doch nicht zustimmen will, wäre es doch sinnvoll, der Solarthermie eine Chance zu geben. Wir brauchen keine Politik für Monopolisten.

Die Erfolgsgeschichte wird auf den erneuerbaren Energien beruhen. Wir werden weltweit darum beneidet, dass es in Deutschland ein Energieeinspeisegesetz gibt

Ich gebe Ihnen dazu ein paar Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen. In Deutschland gibt es 1.100 Energieerzeuger, davon 250 allein in Bayern. Schauen wir in die Nachbarländer. In Spanien sind es 50, und in Großbritannien sind es ganze 25. Diese Riesenchance, die wir in Deutschland haben, haben wir dem Energieeinspeisegesetz zu verdanken.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Erneuerbare Energien sind einer der Zukunftsmärkte überhaupt. Wir haben in diesem Bereich momentan rund 250.000 Arbeitsplätze. Wenn wir diese Technologie bis 2020 ausbauen würden, kämen 300.000 weitere Arbeitsplätze dazu. Dann bräuchten wir keine Rettungsschirme zu spannen, sondern wir müssten nur auf diese Technik setzen, und dann hätten wir den Jobmotor schlechthin.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir Freie Wähler setzen auf eine Dezentralisierung; wir brauchen einen Energiemix aus Biomasse, Windkraft

und Geothermie. Wir werden in Deutschland darum beneidet, die Wärmflasche Bayern zu haben. Wir haben im Molassebecken die Chance, überhaupt in Bayern Energie zu erzeugen. Aber was machen wir? - Wir setzen auf die Atomkraft.

Als Letztes möchte ich noch den Verkauf der Innkraftwerke ansprechen. Welch ein Trauerspiel! Hätte die Politik hier nicht noch reagieren können? Was ist passiert? Monopolisten tauschen untereinander Kraftwerke aus, und unsere lokalen Stadtwerke, unsere Landkreise, Hunderte haben mitgeboten für diese Innwasserkraftwerke, aber sie sind nicht zum Zuge gekommen, weil nur der schnöde Mammon zählt und weil die Politik keinen Einfluss mehr hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Laut "Bayerischer Staatszeitung" sagte Herr Staatsminister Söder: In der Prioritätenliste der CSU ist die Ökologie die Nummer eins. Sie hat die gleiche Stufe wie die Wirtschaft und die soziale Gerechtigkeit. Dann verstehe ich nicht, Herr Minister Söder, warum Sie sich so vor den Karren der Atomwirtschaft spannen lassen.

(Christa Naaß (SPD): Er hat diese Aussage schon längst vergessen!)

Das ist schon schade, und ich muss hinzufügen, Herr Minister, dass Sie eine vorbildliche Öffentlichkeits- und PR-Arbeit betreiben. Ich wäre sicherlich ein Schelm, der Böses denken würde, wenn ich sagen würde, dass es zwischen dem Hauptsponsor des 1. FC Nürnberg und der Firma Areva sowie dem Minister Söder im Aufsichtsrat gute Beziehungen gäbe.

(Beifall bei den Freien Wählern - Erwin Huber (CSU): Jetzt hör aber auf, du! - Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Er ist frei von Wissen!)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Ich darf als Nächstem Herrn Kollegen Hartmann das Wort erteilen.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Atomkraft und erneuerbare Energien reden, reden wir leider immer sehr viel über die Sicherheitsfragen, weil immer noch einige Kolleginnen und Kollegen trotz der vielen negativen Beispiele davon überzeugt sind, die Kernkraftwerke seien sicher. Ich möchte die Debatte heute auf einen anderen Bereich lenken. Durch die riesige PR-Maschine der Atomwirtschaft wird ständig die Angst vor einer Stromlücke in die Welt gesetzt. Auf dieses Thema möchte ich eingehen.

Wir haben vorhin vom Kollegen von und zu Lerchenfeld das Argument der Brückentechnologie zu hören bekommen. Wenn man in die Protokolle der letzten 25 Jahre schaut, erkennt man, dass sich lediglich ein Wort geändert hat. Alois Glück sprach in den Achtzigerjahren unter dem Eindruck von Tschernobyl von einer Übergangslösung. Jetzt, 25 Jahre später, hat man das Wort ausgetauscht und spricht von Brückentechnologie. Ein ernsterer Sinn dahinter, eines Tages auszusteigen, ist dabei nicht vorhanden.

(Gertraud Goderbauer (CSU): Das ist eine Frage des Vorgehens!)

Ich möchte jetzt noch auf einen anderen Punkt eingehen, der wirklich sehr erstaunlich ist. Seit 2007 sind mehrere AKW zeitgleich nicht am Netz. Das hatte in Deutschland zur Folge, dass der Anteil am Atomstrom von 30 % auf 23 % gesunken ist. Nun könnte man natürlich die Befürchtung teilen, die vom Umweltminister Söder und vom Herrn von und zu Lerchenfeld vorgebracht wird, der Strom würde aus Temelin importiert. Dem ist entgegenzuhalten, dass sich der importierte Strom aus Temelin in den letzten drei Jahren halbiert hat. Und ich bitte jetzt den Kollegen von und zu Lerchenfeld, an dieser Stelle ganz kurz einmal zuzuhören. Sie haben in Ihrer Rede dem Bundesumweltminister vorgeworfen, mit seiner Fahrt nach Tschernobyl eine PR-Tour zu unternehmen. Ich empfehle Ihnen, einmal selbst dorthin zu fahren und sich die Anlage anzusehen. Sie werden verwundert sein und feststellen, dass es sich dort um abgeschaltete Reaktoren handelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sollen uns diese Strom liefern? Das ist doch einmal eine gute Frage, bevor man die Angst schürt, dass uns diese Reaktoren Strom liefern würden. Diese Reaktoren sind abgeschaltet! Das wird man feststellen, wenn man einmal hinfährt. Das wäre also gar nicht so verkehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Und noch kurz ein Wort zum Thema Stromexport. Es wurde eben schon gesagt: 22,5 Terawattstunden-Exportsaldo in Deutschland. Das ist die dreifache Produktion von Isar 1. Das nur als Vergleich. Und es kommt noch was hinzu, ich weiß, das klingt für Sie irreal nach dem Motto, das kann doch nicht sein; wir müssen doch eine Stromlücke kriegen. Denn das ist uns jahrelang eingetrichtert worden. Fakt ist, wir haben einen Stromüberschuss und das ist auch ganz leicht mit Zahlen zu belegen. 70 Terawattstunden erneuerbarer Strom aus dem Bereich erneuerbarer Energien sind in den letzten Jahren zugewachsen. Das ist die Produktion von zehn Isar 1-Kraftwerken, die neu hinzugekommen ist. Wohin soll den dieser ganze Strom noch, wenn wir auf der einen Seite erneuerbare Energien fördern, was wir alle möchten, aber auf der anderen Seite zeitgleich nicht

bereit sind, bestimmte alte AKW vom Netz zu nehmen, um Platz im Stromnetz für erneuerbare Energien freizuräumen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer heute also sagt, man könne nicht aus der Atomkraft aussteigen und müsse den Atomausstieg verzögern, sagt einfach nicht die Wahrheit. Man muss ganz ehrlich feststellen: Nicht die erneuerbaren Energien sind im Verzug; die haben ihre Leistung erbracht, sie sind angewachsen. Der Atomausstieg ist in Verzug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun ein paar der aktuellsten Zahlen für Deutschland. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 haben die acht ältesten AKW in Deutschland 13,3 Terawattstunden Strom produziert. Im gleichen Zeitraum der letzten fünf Monate haben die durch das EEG geförderten erneuerbaren Energien 29,3 Terawattstunden Strom produziert. Das ist mehr als das Doppelte der acht ältesten Kernkraftwerke. Deshalb ist die Forderung, die ältesten Kraftwerke abzuschalten - ich spreche nicht mal von der sofortigen Abschaltung aller Kernkraftwerke, sondern von den ältesten - und sie zügig vom Netz zu nehmen, durchaus vertretbar, weil es keine Stromlücke geben wird. Es geschieht lediglich eines, wenn sie am Netz bleiben: Sie verhindern den Ausbau der erneuerbaren Energien, weil der dann kaum vorangehen kann, da wir diesen Stromüberschuss haben.

An der Strombörse in Leipzig beispielsweise fallen inzwischen schon die Strompreise, weil zuviel Strom vorhanden ist. Wir hatten vor kurzem negative Strompreise. Da werden 15 Cent mit draufgepackt, damit der Strom abgenommen wird.

(Erwin Huber (CSU): Eine Minute! Das ist doch lächerlich!)

- Das ist so, das können Sie bei der Strombörse nachprüfen. Wir haben zuviel Strom und deshalb ist es ein konsequenter Schritt zu sagen, Isar 1 kann umgehend vom Netz gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Nächste Wortmeldung: der Kollege Thalhammer.

**Tobias Thalhammer** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe SPD!

(Zurufe von der SPD: Ei, ei, ei!)

Von Vernunft in der Energiepolitik in einem Atemzug mit dem Ausstieg aus der Atomkraft zu sprechen, ist ein

Widerspruch in sich. Sie widersprechen sich übrigens laufend bei der Energiepolitik. Danke für die Chance, dass ich Ihnen dies heute darlegen darf.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Was heißt eigentlich "Vernunft in der Energiepolitik"?

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Das ist wirklich die Frage!)

Es ist die Verlässlichkeit einer sicheren, finanzierbaren und umweltschonenden Energieversorgung.

Punkt eins: Sicher! Sicher im Sinne der SPD ist die Energieversorgung ideologisiert nur ohne Kernenergie mit dem Abschalten unserer sicheren Kernkraftwerke.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ideologisiert denn da? - Weitere Zurufe von der SPD)

SPD-Bundesumweltminister Gabriel fordert nun, die Überwachung von Kernkraftwerken von der Länder- auf die Bundesebene zu übertragen, und wirft dabei das seit Jahren gesammelte Know-how auf Länderebene über Bord. Ihnen geht es nicht um mehr Sicherheit. Statt um mehr Sicherheit geht es in Wahrheit um Machtgerangel und Wahlkampfpopulismus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU))

Erstens. "Sicher" hat mehrere Bedeutungen, auch eine sichere Energieversorgung.

(Christa Naaß (SPD): Schön abgelesen!)

Der bayerische Energiemix besteht zu 2 % aus Mineralölprodukten, zu 5 % aus Steinkohle, zu 11 % aus Erdgas, immerhin 22 % erneuerbare Energien

(Dr. Thomas Beyer (SPD): 17! Keine Ahnung, FDP!)

und aufgrund unserer Revier- und Küstenferne zu 58 % aus Atomenergie. Bei Anerkennung, dass die Atomenergie nur eine Brückentechnologie ist, und bei bestem Willen und vollstem Vertrauen auf die erneuerbaren Energien bleibt ein endgültiger Atomausstieg zum jetzigen Zeitpunkt für Bayern ein frommer Wunsch, es sei denn, man wollte eine verantwortungslose Energiepolitik betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens: finanzierbare Energieversorgung. Strom aus AKWs ist günstig. Bei der Abschaltung wird das Stromangebot kleiner, dadurch steigt der Strompreis. Wir müssten wegen der Stromlücke importieren, dadurch

würde der Strom teurer. Für die Stromimporte müssten wir das Netz mit Hochspannungsleitungen weiter ausbauen, dadurch würde der Strom teurer. - Liebe SPD, dies ist gerade für den kleinen Mann eine verantwortungslose Energiepolitik.

Punkt drei: umweltschonende Energieversorgung. Die Kernenergie - das wissen Sie selbst - ist nahezu CO<sub>2</sub>-frei. Ein Verzicht würde je nach Art der Substitution circa 20 bis 40 Millionen Tonnen mehr CO<sub>2</sub>-Emmissionen bedeuten. Dies ist, liebe SPD, für den Umwelt- und Klimaschutz eine verantwortungslose Energiepolitik.

Wenn Sie Vernunft in der Energiepolitik einfordern, dann legen Sie bitte endlich ein umfangreiches Gesamtkonzept vor. Einfach nur mal gegen Atomkraft zu sein, ist traumtänzerisch, realitätsfern, oberflächlich, einfach schwach.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mei, oh mei, oh mei, oh mei!)

Wenn Sie den Ausstieg wirklich wollen, dann sagen Sie uns bitte klar und deutlich, wie das geht. Sagen Sie bitte auch, dass der Strom dann teurer werden wird,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Der ist schon teuer genug mit der Atomkraft!)

dass wir mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben werden, dass Sie sich in Zukunft nicht mehr an Diskussionen wie Teller gegen Tank beteiligen werden, dass Sie in Zukunft Windräder ins Oberland bauen werden, dass Sie in Zukunft die verbleibenden Potenziale der Wasserkraft heben müssen, indem Sie beispielsweise in die Salzach ein Wasserkraftwerk bauen. Das wäre ehrlich und konsequent, nicht nur leere Worte und scheinheilige Forderungen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) - Sepp Daxenberger (GRÜNE): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Neben den Bildungsfragen ist eine gesicherte Energieversorgung das entscheidende Thema für die Zukunft. Dann stellen Sie sich bitte auch den unbequemen Fragen, beispielsweise der Endlagerung des bestehenden Atommülls. Nach dem schwarz-roten Koalitionsvertrag haben Sie sich in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung bekannt. Nichts ist passiert. Unter Rot-Grün wurde sogar beschlossen, dass die Forschung nach der sicheren Endlagerung eingestellt wird. Wir haben auf Kosten einer verantwortungsvollen Energiepolitik Jahre verplempert. Sie haben das Problem vor sich hergeschoben auf Kosten der kommenden Generationen. Jede Generation ist selbst für die Beseitigung ihres eigenen Mülls verantwortlich.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Denken Sie doch mal nach, was das, was Sie sagen, für die Kernenergie bedeutet Herr Kollege!)

Aus dem Moratorium Gorleben ist schnellstens auszusteigen.

So eine verantwortungsvolle - - So eine verantwortungslose Politik wie vonseiten der FDP - -

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): So eine verantwortungslose Politik wie von der FDP!)

- Jetzt freue ich mich, dass Sie sich bei meiner Rede auch einmal freuen dürfen, liebe Kollegen von der SPD. Ich weiß, ich war hart. Ich bleibe dabei, dass wir eine so verantwortungslose Energiepolitik wie von Ihnen, von der SPD, ganz klar zurückweisen.

(Harald Güller (SPD): Das war ein Freud'scher Versprecher! Dem stimmen wir zu!)

Wir als FDP stehen für einen vernünftigen Energiemix der Zukunft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf das Wort erteilen. Ich bitte um etwas Ruhe im Hohen Haus.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Bei so viel Schmarren ist das schwierig!)

- Herr Kollege, vielleicht ertragen wir uns alle ein bisschen mehr.

**Dr. Otto Hünnerkopf** (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das heutige Thema der Aktuellen Stunde könnte in der Tat eigentlich jeder mittragen. Vernunft in der Energiepolitik, wer wollte dem nicht zustimmen. Am Atomausstieg festhalten - wir sehen lieber den Begriff Kernkraftenergie -, in erneuerbare Energien investieren, wer will das nicht!

Meine Damen und Herren, der Anlass dieser Aktuellen Stunde ist natürlich allen bekannt: den Fokus auf die Kernenergie zu legen und zu vertreten. Wir müssten schneller aussteigen, als es im Moment gerade von unserer Seite, der Union und der FDP, vertreten wird, wovon wir überzeugt sind.

Wenn wir hören müssen - und es ist ja von den Zahlen her nachzuweisen -, dass in Deutschland ein gewisser Überschuss an Energie festzustellen ist, dann, denke ich, ist es kein Luxus, in einem gewissen Rahmen mehr Energie zu produzieren, als wir brauchen. Dass die Kernenergie in einem vernünftigen Energiemix noch für einige Jahrzehnte ihre Berechtigung hat, ist nicht zu bestreiten; denn wenn es so wäre, dass wir ganz über erneuerbare Energien das Problem bewältigen könnten: Wieso müssen wir dann darüber diskutieren, dass zum Beispiel in effektivere Kohlekraftwerke investiert werden muss oder dass wir effektivere Gas- und Dampfturbinenkraftwerke bauen müssen? Wenn dem so ist, was ja auch immer mit einem erhöhten CO2-Ausstoß verbunden ist, wovon wir wissen, dass es ein ganz entscheidender Faktor für die Klimaveränderung ist, dann könnten wir ernsthaft sagen: Wir können es nicht allein mit erneuerbaren Energien bewältigen. Meine Damen und Herren, wir können uns in Bayern mit dem Thema erneuerbare Energien wirklich für Vorreiter halten und feststellen, dass wir hier den höchsten Anteil haben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

- Sicher nicht in der Windenergie. Das wissen wir auch, dass wir von den Rahmenbedingungen her nicht die besten Voraussetzungen finden und zum anderen die Probleme haben, uns im Landschaftsbild mit einer Häufung von Windkraftanlagen anzufreunden. Wir haben den höchsten Anteil an regenerativer Wasserkraft. Wir haben deutschlandweit den höchsten Anteil an Photovoltaikanlagen. Im Energieträger Biomasse haben wir fast das Doppelte im Vergleich mit dem Bund. Wir haben in Bayern etwa zwei Drittel der genutzten Geothermie und sind - darin sind wir uns sicher einig - bestrebt, diesen weiter auszubauen.

Also Vernunft mit Sicherheit weiterhin mit der Kernkraft, solange wir diese brauchen. Ich will nicht unbedingt noch einmal auf die Kosten für Energie zu sprechen kommen. Aber wir wissen, was die erneuerbaren Energien über das Energieeinspeisegesetz zu den wachsenden Stromkosten beitragen. Wenn wir also von Vernunft reden, dann müssen wir an diesem Mix festhalten, und wir werden in Bayern, und das mit der CSU, weiter in regenerative Energien investieren. Insofern ist dieser Antrag bestens geeignet, deutlich zu machen, dass wir mit unserer Auffassung richtig liegen und auch in der Verantwortung stehen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich Frau Kollegin Kohnen das Wort erteilen.

Natascha Kohnen (SPD): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Thalhammer, ich glaube, Ihr Reaktor war heute ein wenig überhitzt. (Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Ich strahle!)

Aber es geht mir um etwas anderes. Sehr geehrter Herr Lerchenfeld, hier geht es nicht um Wahlkampf. Es gibt Daten in unserer Geschichte, die die Menschheit nicht vergisst, und das Datum meiner Generation ist der 26. April 1986.

(Beifall bei der SPD)

Sie erinnern sich alle: Es war der Tag, an dem der Reaktor Block 4 in Tschernobyl einen GAU hatte. Wir erinnern uns auch, wie die radioaktiven Wolken über halb Europa zogen und ihre radioaktive Fracht auch über Bayern abgelassen haben. Jetzt kommen Sie und behaupten, die Atomenergie sei eine Brückentechnologie.

Deutschland ist nach Tschernobyl in einem großen Konsens den Schritt gegangen, der richtig ist. Wir haben in großer Übereinstimmung aller Parteien beschlossen, den Atomausstieg anzugehen. Die Welt sieht auf uns und sagt, wir seien fortschrittlich.

(Unruhe bei der CSU)

- Das steht selbst im Koalitionsvertrag, Herr Huber.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Brückentechnologie ist eine marode Technologie. Wenn Sie uns damit eine strahlende Zukunft bescheren wollen, sage ich: Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich vielmehr drei Fragen stellen:

Erstens. Ist Atomenergie effizient? - Nein, das ist sie nicht. Der Nutzungsgrad ist gering. Genutzt werden höchstens 30 % der Energie. Der Rest geht über Wärme und Luft verloren.

Zweitens. Ist Atomenergie nachhaltig? - Ich kann nur sagen: Uran ist fossil und endlich. Die Nachhaltigkeit, Herr Thalhammer, ist auch nicht im Atommüll zu spüren. Wie wir damit umgehen, dafür gibt es noch nicht einmal im Ansatz eine Lösung. Asse hat es heute Morgen bereits wieder gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Ist Atomenergie günstig? - Sie so zu bezeichnen ist wirklich eine grobe Lüge und schamlos.

(Beifall bei der SPD)

Denn Atomenergie ist nicht günstig. Die Einzigen, die davon profitieren, sind die Leute aus der Atomlobby. Nachdem auch in Bayern alle Atomkraftwerke abgeschrieben sind, kassieren die Kernkraftbetreiber im Prinzip täglich 1 Million Euro netto. Der kleine Mann hat davon nichts und wird auch in Zukunft nichts von der Atomenergie haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Lerchenfeld, Sie betreiben Wahlkampf, wenn Sie sagen, wir würden in Deutschland im Dunkeln stehen. Da sage ich: Gute Nacht, CSU. Wir stehen nicht im Dunkeln; denn wir exportieren bereits heute.

Wir haben in Deutschland eine Energiebewirtschaftung, die zukunftsorientiert ist. Die fossilen Energieträger gehen zu Ende. Was wir tun, ist der richtige Weg. Wir gehen mit den erneuerbaren Energien. Die Konzepte liegen vor. Schauen Sie in die SPD-Wahlprogramme, dann wissen auch Sie von den besseren Lösungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir können Ihnen nur eine Botschaft mitgeben: Ja zum Ausstieg aus der Atomkraft, Nein zur Zeitlaufverlängerung der Atomkraftwerke!

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Huber.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich gehöre vielleicht zu den wenigen, die die Diskussion im Jahr 1986 in der Folge von Tschernobyl miterlebt haben. Seinerzeit ist uns klar geworden: Hinter der Kernkraft steckt ein ungeheures Risikopotential. Aber es ist auch keine Energie so intensiv auf Sicherheit geprüft, wie die Kernenergie, und es gibt in keinem technischen Bereich so viel Risikovorsorge.

Deshalb sage ich deutlich: Die sicheren bayerischen Kernkraftwerke darf man nicht mit Tschernobyl und Krümmel gleichstellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege Wörner, Sie haben sich verstiegen, dem bayerischen Umweltminister vorzuwerfen, er rufe bewusst eine Schädigung der Bevölkerung in Bayern hervor oder er verantworte sie mit. Ich weise das als unverantwortliches Gerede zurück.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist eine Beleidigung der Belegschaften, die in den Kernkraftwerken arbeiten. Es ist eine Beleidigung auch unserer Fachleute. Wir haben ein Kernreaktorfrühwarnsystem. Bayern hat in eigener Zuständigkeit die beste Atomaufsicht. In einer Verlagerung auf den Bund sehe ich keinerlei Vorteile. Ich bin der Meinung, dass wir unsere eigenen Kernkraftwerke durch unsere eigene Verwaltung ganz eng und ganz strikt beaufsichtigen werden. Wir wollen die Aufsicht nicht auf die Bundesferne verlagern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt sage ich Ihnen, Frau Generalsekretärin, was Energiepolitik bei der SPD und den GRÜNEN bedeutet. Sie predigen seit langer Zeit den Ausstieg. Was ist denn mit den Stadtwerken München? Soviel ich weiß, haben wir seit langer Zeit in München eine rot-grüne Mehrheit. Die Stadtwerke München sind an den Kernkraftwerken in Ohu mit 25 % beteiligt. Das geschieht unter der Verantwortung von Rot-Grün, die den Ausstieg propagiert. Unter der Verantwortung der Stadt München Atomstrom einzusetzen, ist verlogen und unredlich.

Wenn Sie es mit dem Ausstieg wirklich ernst nähmen, müssten doch die Stadtwerke München aussteigen. Zehn Jahre haben Sie dafür Zeit gehabt. Aber Sie machen auch jetzt noch keine Anstalten, die Anteile zu verkaufen. Natürlich sind sie sofort verkaufbar.

(Unruhe bei der SPD)

Aber Sie verkaufen nicht, weil der Strom preisgünstig ist und die Landeshauptstadt München und ihre Stadtwerke auf den Strom der Kernkraftwerke angewiesen sind.

Sie haben im Grunde eine Alternative dargestellt, die es gar nicht gibt. Es geht entweder um erneuerbare Energien oder Kernenergie. In Bayern kommen 60 % des Stromes aus der Kernenergie; in der Grundlast sind es noch mehr. Dieser Anteil kann auch in den nächsten zehn Jahren nicht durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Die erneuerbaren Energien sind in der Regel in der Grundlast nicht einsetzbar. Weder der Wind noch die Sonne, vielleicht aber noch die Biomasse kämen dafür infrage.

Wir haben in Bayern bei der Nutzung der Sonnenenergie den Platz 1. In der Photovoltaik haben wir in Deutschland den Platz 1. Wir haben in der Energie aus Biomasse in Deutschland den Platz 1. Auch bei der Wasserkraft haben wir in Deutschland den Platz 1. Im Bereich der Geothermie haben wir in Deutschland den Platz 1. Beim Wind sind wir nicht so stark, weil wir weniger Wind haben.

Hier so zu tun, als könnten wir in kurzer Zeit durch erneuerbare Energien den Kernkraftstrom ersetzen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Sie sagen zwar zum

Ausstieg Ja, beantworten aber die Frage des Einstiegs und danach, wie die Stromversorgung sicher und preisgünstig gemacht werden kann, nicht. Das ist fahrlässige Energiepolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen sind die Strommengen, die wir aus den erneuerbaren Energien beziehen, die am höchsten subventionierten. Es ist schon ein paarmal gesagt worden: Das zahlen die Bürger. Es sind fünf Milliarden Euro im Jahr. Damit werden die Bürger in Deutschland belastet.

Ich sage zu dieser Förderung zwar Ja, aber ich muss eindeutig sagen: Der teuerste Strom ist derjenige, der aus den erneuerbaren Energien kommt. Den können wir uns nur leisten, weil wir auf der anderen Seite mit der Kernkraft preisgünstigen Strom einsetzen. Diesen Zusammenhang muss man sehen.

Für unsere Energiepolitik - das sage ich abschließend - gelten zwei Punkte:

Erstens. Wir brauchen keine neuen Kernkraftwerke.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Erwin Huber** (CSU): Zweitens. Die Laufzeit bemisst sich nach Gesichtspunkten der Sicherheit und nicht nach rot-grünen Ideologien.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, als Oberpfälzer Abgeordnete einmal die Atompolitik in Bayern zu beleuchten, und zwar speziell die der CSU; denn die FDP hat bisher eigentlich nur den Mund sehr voll genommen. Aufgrund von Worten kann man noch gar nichts messen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich bin in Schwandorf geboren; es liegt neben Wackersdorf!)

Zu dem, was die Atompolitik betrifft, sage ich jetzt nur das Stichwort Wackersdorf. Ich kann darüber reden. Ich habe die zwei letzten Jahre meiner beruflichen Tätigkeit in Wackersdorf verbracht. Davor war ich in Steinberg. Ich weiß also, wovon ich rede. Geboren bin ich in Sulzbach-Rosenberg. Auch hier sind wir, was die Wirtschaftspolitik der CSU in Bayern betrifft, nicht gerade sehr verwöhnt worden. Was da abgelaufen ist, war ein Trauerspiel.

Wie hat man 1986 mit der WAA argumentiert? Ich hatte die Gelegenheit, in dem Bus mitzufahren, mit dem man die Journalisten an Ort und Stelle gekarrt hat, denen man die wunderbare und große Bedeutung dieser Fahrradspeichenfabrik in der strukturschwachen Oberpfalz verkaufen wollte; denn man hat gesagt: Wenn nicht dort, wo denn dann? Die bitteren Erfahrungen, welche die Oberpfälzer damals gemacht haben, wirken nach. Wir sind aufgewacht und schauen genau hin, was da passiert.

Ich erinnere mich noch daran - das werden viele von Ihnen sicher auch -, dass es nicht die Politik war, die dieses Wahnsinnsprojekt gestoppt hat, sondern dass es Bennigsen-Foerder war, ein Vertreter der Energiewirtschaft, der 1989 das Ende dieses Wahnsinnsprojekts eingeläutet hat.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜ-NE))

Es war nicht die CSU, es waren nicht Strauß & Co., die ihre Fehler und Irrungen eingestanden haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hat sich jetzt viel geändert? - Ich meine, nein. Vor Kurzem habe ich mit Schrecken lesen müssen, dass uns die Atomenergie jetzt als Ökoenergie verkauft werden soll. Herr Söder redet immer schön von der Bewahrung der Schöpfung, vom Schutz der Natur und den sicheren Atomkraftwerken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das erinnert mich ein bisschen an seinen Vor-Vorgänger, an Minister Dick.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

der damals, Molke essend, vor den Mikrofonen stand und sagte: Wir haben beschlossen, dass davon keine Gefahr ausgeht. So machen Sie es auch heute noch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Nun aber zurück zur Situation in der Oberpfalz. Gott sei Dank gibt es keine WAA, und Gott sei Dank ist dort ein großer Industriepark mit sehr vielen Arbeitsplätzen entstanden. Die Oberpfälzer Unternehmen sind bei der technologischen Kompetenz für erneuerbare Energien weltweit mit führend und international ausgerichtet. Es gibt eine große Anzahl von relativ sicheren Arbeitsplätzen, was für diese Region unheimlich wichtig und gut ist. Es ist noch gar nicht lange her, da hatten wir in Regensburg den Ersten bayerischen Windbranchentag.

(Zuruf von der CSU: Da schau her!)

Dort konnte man ein eindrucksvolles Bild davon gewinnen, wie Oberpfälzer und bayerische Firmen aufgestellt

sind, wie sie weltweit agieren und welche Vorreiterrolle sie spielen.

Da gibt es noch Kapazitäten, die man ausbauen könnte. Wenn wir nur wollten, könnten ohne Weiteres über Tausend neue Windkraftanlagen installiert werden. Auch die nachwachsenden Rohstoffe sind eine große Chance für den ländlichen Raum. Nicht nur mit umweltfreundlicher Energieerzeugung, sondern auch durch den Anbau von Energieträgern wird der Landwirtschaft ein neuer Markt erschlossen, den sie so dringend braucht. Auch die energieautarke Kommune ist vor diesem Hintergrund kein Wunschtraum mehr, sondern könnte Realität werden. An den bayerischen Hochschulen kann man ein Studium der regenerativen Energien und Energieeffizienz aufnehmen. Es wäre doch ein Treppenwitz der deutschen Industriepolitik, wenn die mit Milliarden subventionierte Atomindustrie durch Laufzeitverlängerungen ihrer abgeschriebenen Atomkraftwerke dafür sorgen würde, dass Investitionen in effiziente und alternative Energietechniken unterbleiben oder hinausgezögert werden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir von der SPD klipp und klar: raus aus der Atomkraft, hinein in die erneuerbaren Energien! Nur auf diese Weise kann in Zukunft der Strombedarf umweltverträglich gedeckt werden. Hier sind natürlich auch Investitionen gefragt.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Frau Kollegin, schauen Sie bitte auf die Uhr.

Margit Wild (SPD): - Schaue ich. Es ist sehr viel vorhanden. Wir müssen aufs Tempo drücken und uns auf Kernbereiche konzentrieren, um die Wettbewerbsvorteile zu nutzen, in denen unsere Zukunftschancen liegen. Wir müssen Forschung fördern und dafür sorgen, dass die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze, die auf dem Leitmarkt der Umwelttechnologie geschaffen werden, in Deutschland bleiben.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Margit Wild (SPD): Wer bei den erneuerbaren Energien im globalen Wettbewerb Vorteile erlangt, schafft dauerhafte Arbeitsplätze und sichert Zukunft. Also: Nicht mehr die Nebelschlussleuchten teuer subventionieren, sondern die Leuchttürme!

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Hessel ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatssekretärin.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Staatssekretärin Katja Hessel (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Vernunft in der Energiepolitik" lautet die Überschrift der heutigen Aktuellen Stunde. Es wäre ein wunderschönes Thema, es ist ein wichtiges Thema; Energie ist das Megathema, das uns in diesem Jahrhundert beschäftigt.

(Zuruf von der SPD: Ehrlich? - Weitere Zurufe von der SPD)

Ja.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das Thema hat uns schon im letzten Jahrhundert beschäftigt! - Lachen bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Da seid ihr immer noch!)

- Wir sind noch nicht so lange hier, Frau Gote. Weiter sind Sie nicht gekommen. Wir haben uns mit dem Thema Klimaschutz und den CO<sub>2</sub>-Emissionen zu beschäftigen. Unter diesen Bedingungen ist es für Bayern sehr schwierig, eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung zu finden. Das funktioniert nur durch einen sparsamen Umgang mit der Energie zusammen mit einem breiten Energiemix. Dazu gehören zurzeit neben dem stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien die fossilen Brennstoffe und die Kernenergie.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir können uns kein Entweder-oder leisten, wir brauchen ein Sowohl-als-auch. Ich fände es sehr schön, wenn die Politiker sich nicht so verhalten würden, dass sie in der Öffentlichkeit sagen, Strom kommt aus der Steckdose, aber nicht sagen, wo er erzeugt werden soll.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Irgendwo muss er erzeugt werden, entweder in den Kernkraftwerken, in den Windkraftanlagen oder in Wasserkraftwerken. Wir wissen, dass in Bayern - das gilt auch für die Kollegen der SPD-Fraktion - der Bau von Windkraftanlagen nicht immer gern gesehen wird.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Na und?)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Weiterhin hat Herr Staatsminister Dr. Söder für die Staatsregierung ums Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Thema "Vernunft in der Energiepolitik" hat die heutige Debattenkultur überhaupt nichts zu tun. Das ist heute nur das Aufwärmen alter Schlachten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist bezeichnend, dass etliche Redner der Opposition im Wesentlichen in Erinnerungen an die Vergangenheit geschwelgt sind, aber keine Antwort für die Zukunft geboten haben. Es ist kein Wunder, dass Wahlergebnisse herauskommen, wie wir sie bei der Europawahl erlebt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Ich will nicht auf alle Details der Energiepolitik eingehen; das haben viele Redner schon gemacht. Ich bedanke mich für die guten Beiträge, gerade der Regierungsfraktionen. Lieber Erwin, danke für das Lob; das war in dieser Woche nicht immer so.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich möchte etwas zur Sicherheit der bayerischen Kernkraftwerke sagen. Lieber Herr Wörner! - Wo ist er denn?

(Zurufe von der SPD: Hier!)

- Da hinten. Lieber Herr Wörner, was Sie heute gesagt haben, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Der Bund hat die Länder aufgefordert, Gutachten für die Druckwasserreaktoren beizubringen. Bayern hat zwei Druckwasserreaktoren. Wir haben unsere Gutachten - TÜV-Gutachten! - abgegeben. Die "taz" schreibt: "Die gesetzte Frist für eine Stellungnahme bis zum 17. April hatten bis auf Bayern alle Länder verstreichen lassen."

Ich hätte mir von Ihnen eigentlich ein Lob erwartet. Lieber Herr Wörner, Ihre Ausführungen zeigen, dass Sie von der Sache keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Da Sie über Sicherheitsrisiken reden, hätte ich erwartet, dass Sie wirklich über Krümmel reden. Ich mache keine Ferndiagnosen und greife niemanden an, sondern ich möchte nur sagen, dass dort die Aufsicht nicht von einem CSU-Mann, nicht von einem Unionsmann, sondern von einer SPD-Frau geführt wird. Kümmern Sie sich lieber um die Probleme vor Ort, anstatt hier in Bayern große Erklärungen abzugeben!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Beim Verhalten von Bundesminister Gabriel bedrückt mich eines: Ich verstehe, dass er im Endeffekt Wahlkampf macht. Ich glaube allerdings, dass es dabei mehr um Wahlkampf innerhalb der eigenen SPD nach der Bundestagswahl geht. Wenn ein Bundesumweltminister in Deutschland als jemand, der auch für Sicherheit verantwortlich ist, öffentlich erklärt, der Störfall sei der Normalfall in Deutschland, dann sagt er nicht nur die Unwahrheit, sondern er betreibt auch mit den Ängsten der Menschen Wahlkampf, und das ist unverantwortlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir lehnen auch jede Form einer Aufsicht durch den Bund ab, denn der Bund hat weder die Kapazität noch die Kompetenz noch die Erfahrung, alle Kernkraftwerke in Deutschland sauber zu kontrollieren. Wir haben in Bayern 5.000 Überprüfungen von Kernkraftwerken. Praktisch täglich wird jedes Kraftwerk in Bayern von verschiedensten Ingenieuren und weiteren Mitarbeitern besucht, um die Sicherheit zu garantieren. Wie soll der Bundesumweltminister dies persönlich oder unter Mithilfe einer Behörde leisten? Eine komplette Übertragung der Aufsicht auf den Bund würde Risiken bedeuten und deswegen lehnen wir das vehement ab.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe kein Problem, dass Herr Gabriel Tschernobyl besucht; das ist völlig in Ordnung. Ich habe ihn vor einem halben Jahr eingeladen, ein bayerisches Kernkraftwerk zu besuchen, dort mit den Fachleuten zu reden und sich von der Sicherheitslage zu überzeugen. Keine Antwort. Wer nach Tschernobyl geht und sich mit einem abgeschalteten Reaktor beschäftigt, während er einen Reaktor in Bayern, der sicher ist, nicht besichtigt, der muss sich zumindest vorwerfen lassen, dass es ihm nicht um die Sache, sondern um Wahlkampf geht. Ein solches Verhalten lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir glauben nicht, dass diese Energieform endlos genutzt werden kann. Wir glauben, dass es sich um eine Brückentechnologie handelt, eine feste Brücke, die wir brauchen, wenn wir nicht abhängig sein wollen. Wenn wir in den nächsten zehn Jahren nicht mehr Strom mit der Kernenergie erzeugen wollten, dann hätte das zur Folge, dass wir von fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas abhängig wären. Jeder, der heute fordert auszusteigen, fordert den massiven Einstieg in Öl und Gas. Das ist für Bayern aus Klimaschutzgründen nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CSU)

Die Alternative wäre: Temelin Doppelblock II wird gebaut. Aus einer sicheren Kraftwerkstruktur auszusteigen und in andere Kraftwerkstrukturen einzusteigen, ist

nicht nur ökologisch falsch, sondern aus meiner Sicht auch unmoralisch. Wir lehnen das ab, denn wir wollen eigene Energiereserven haben.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Schluss: Aus unserer Sicht geht es Ihnen heute - das ist ziemlich evident, denn ich habe wirklich nach neuen Argumenten gesucht - um etwas anderes. Lieber Herr Glauber, wenn Sie über Geothermie und über 0,0-%-Anteile reden: Daran forschen wir. Wenn Sie aber glauben, man könne 60 oder 70 % ersetzen, dann bitte ich Sie ganz herzlich: Lesen Sie alle Unterlagen, die es darüber gibt. Lesen hilft bezüglich der Argumentationen. Ich glaube, dass wir in Bayern insgesamt auf einem guten Weg sind und dass Deutschland umdenken muss und ab Herbst hoffentlich umdenken wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, darf ich mich dem Herrn Ministerpräsidenten zuwenden: Verehrter Herr Ministerpräsident, viele Menschen und Vertreter von Organisationen konnten Ihnen in den letzten Tagen zum runden Geburtstag gratulieren. Es fehlt noch der Bayerische Landtag. Das möchten wir heute nachholen und Ihnen zu Ihrem Geburtstag im Nachhinein alles Gute wünschen. Herzlichen Glückwunsch, Gesundheit und Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Ministerpräsident, uns ist besonders wichtig, Ihnen herzlichen Dank dafür zu sagen, wie Sie mit dem Parlament umgehen, wie wichtig Sie die Parlamentsarbeit nehmen. Wir danken Ihnen, dass Sie in der Sitzung nicht nur anwesend sind, sondern dass Sie auch an dem, worüber hier diskutiert wird, Anteil nehmen. Vielen Dank. Wir schätzen Ihre Anerkennung für dieses Parlament. Danke schön und weiterhin alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21, 22 und 23 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes (Drs. 16/954)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abg.

Joachim Unterländer, Markus Blume, Albert Füracker u. a. (CSU),

Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer (FDP) (Drs. 16/1415)

und

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes (Drs. 16/1275)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes (Drs. 16/1390)

- Zweite Lesung -

Bevor ich die Aussprache eröffne, mache ich darauf aufmerksam, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beantragt hat, die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 16/954, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchzuführen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als erster Rednerin Frau Kollegin Stewens das Wort erteilen.

Christa Stewens (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Zweiten Lesung liegen heute drei Gesetzentwürfe vor. Als Erstes handelt es sich um den Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung, der Koalitionsregierung, als Zweites der Gesetzentwurf der Freien Wähler und als Drittes der Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Entwurf der Bayerischen Staatsregierung wird zum einen den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008 gerecht. Zum anderen wird er auch den Vorgaben des Koalitionsvertrages, der Grundlage der Koalitionsregierung in Bayern ist, gerecht.

Zurück zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts: In diesem Urteil wird ganz klar festgelegt, dass der Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren zu den überragend wichtigen Gemeinschaftsgütern gehört. Genau diesem Grundsatz werden wir auch in unserem Gesetzentwurf gerecht. Der angesprochene Schutz wird nach dem Gesetzentwurf den Menschen dort gewährleistet, wo sie zusammenkommen müssen. Abgesehen davon beinhaltet der Gesetzentwurf Bayerns den stärksten und besten Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Tabakrauch. Der Schutz wird gewähr-